

Fr 20/06
Fre

Kleine Anfrage

Dr. Dr. Rainer Rahn (fraktionslos) vom 11.04.23

Kontamination durch per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFA) – Teil 2
und

Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Drucksache 20/10910

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Presse berichtete verschiedentlich über das geplante EU-weite Verbot von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFA). Es handelt sich um eine Stoffgruppe, die mehr als 10.000 Substanzen umfasst, die extrem stabil sind, sich nicht selbständig abbauen und sich so in der Umwelt anreichern können. Viele der Substanzen gelten als mittel- bis hochtoxisch. PFA finden vor allem bei der Halbleiterfertigung, der Herstellung von Batterien und Brennstoffzellen sowie im Maschinen- und Anlagenbau Verwendung. Über kontaminierte Böden können die Substanzen in die Nahrungskette gelangen. In der Bundesrepublik lassen sich PFA an mehr als 1.500 Stellen nachweisen, in Hessen u.a. in Glashütten, Grävenwiesbach und im Bereich der Flughäfen Rhein-Main bzw. US-Airbase Erbenheim. Nach Angaben der Bundesregierung wurden in der Bundesrepublik bislang kaum Sanierungen durchgeführt (u.a. https://www.focus.de/klima/report/10-000-pfas-substanzen-sollen-verboden-werden-wie-verschmutzt-ist-deutschland-die-grosse-angst-vor-ewigkeitschemikalien_id_186613351.html; <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/pfas-chemikalien-deutschland-101.html>; <https://epaper.fr.de/webreader-v3/index.html#/477814/52-53>; <https://epaper.fr.de/webreader-v3/index.html#/477801/52-53>; FAZ Rhein-Main-Zeitung vom 10.03.2023; Frankfurter Neue Presse – Neu Isenburg vom 07.03.2023, S. 15; Frankfurter Rundschau – Hochtaunus vom 29.03.2023, S. F 12; Wiesbadener Kurier Stadtausgabe vom 23.03.2023, S. 3).

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Behörde ist in Hessen zuständig für die Untersuchung auf PFA sowie die Überwachung von Sanierungsmaßnahmen?

Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) führt in verschiedenen Umweltmonitoringprogrammen PFAS-Untersuchungen in Oberflächengewässern, im Grundwasser und Böden durch.

Die Zuständigkeit für die Untersuchung und Überwachung von PFAS richtet sich nach den betroffenen Umweltmedien und ergibt sich aus dem jeweiligen Fachrecht.

Frage 2. Plant die Landesregierung zukünftig regelmäßige Untersuchungen auf PFA in Bereichen, in denen mit einer Belastung zu rechnen ist (z.B. an Produktionsstandorten, Flughäfen und Militärstandorte)?

Die Untersuchung von altlastenverdächtigen Flächen werden in der Regel anlassbezogen durchgeführt. Standorte an denen mit PFAS-Einträgen in Böden und Grundwasser zu rechnen sind, werden auf diese Stoffgruppe untersucht.

Frage 3. Falls 2. zutreffend: welche Standorte sind dies nach derzeitigem Planungsstand?

Die derzeitigen orientierenden Untersuchungen werden auf Standorten durchgeführt, wo PFAS-haltige Löschschäume hergestellt oder eingesetzt wurden, wie beispielsweise Brandübungsplätze. Zudem werden insbesondere Grundstücke von Unternehmen, die besonderen Wirtschaftszweigen wie Galvaniken und Oberflächenveredelungen zuzuordnen sind, auf mögliche Verunreinigungen untersucht.

Frage 4. Plant die Landesregierung zukünftig regelmäßige Untersuchungen auf PFA im Grundwasser, im Trinkwasser bzw. in fließenden Gewässern?

Im Rahmen verschiedener Umweltmonitoringprogramme sind auch zukünftig regelmäßige Untersuchungen auf PFAS im Grund- und Oberflächenwasser vorgesehen. Durch die nationale Umsetzung der EU Trinkwasserrichtlinie (Richtlinie (EU) 2020/2184) werden mit Inkrafttreten der novellierten Trinkwasserverordnung erstmals Grenzwerte für per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) im Trinkwasser in Deutschland festgelegt, die ab 2026 bzw. 2028 verpflichtend einzuhalten sind. Vor diesem Hintergrund müssen die Wasserversorger definierte PFAS-Substanzen im Trinkwasser ab dem Jahr 2026 regelmäßig untersuchen.

Mit Verabschiedung der novellierten Umweltqualitätsnormrichtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie und der Grundwasserrichtlinie voraussichtlich im Jahr 2024 wird sich das Untersuchungsspektrum auf PFAS ebenfalls erweitern.

Frage 5. Falls 4. zutreffend: welche konkreten Planungen sieht die Landesregierung vor?

Für den Bereich Grundwasser ist die Fortführung der regelmäßigen Untersuchungen an den Landesgrundwassermessstellen vorgesehen. Die Lage der Landesgrundwassermessstellen kann der Fachanwendung <https://gruschu.hessen.de> entnommen werden. Für den Bereich Oberflächengewässer ist die Fortführung der regelmäßigen Untersuchungen an den Messestellen der Überblicksüberwachung sowie bei Bedarf auch an den operativen Messstellen vorgesehen.

Frage 6. Wurden bislang Untersuchungen auf PFA im Trinkwasser in Hessen vorgenommen?

Um die Betroffenheit der Trinkwasserversorgung in Hessen gegenüber PFAS einschätzen zu können, wurde im Jahr 2022 durch das ehemalige Hessische Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen (HLPUG) und jetzige Hessisches Landesamt für Gesundheit und Pflege (HLfGP) ein Sondermessprogramm zum Vorkommen von PFAS im Trinkwasser in Hessen durchgeführt. Mit dem hessischen Sondermessprogramm wurde das Ziel verfolgt, einen landesweiten Überblick über das Vorkommen von PFAS im Trinkwasser zu erhalten, um rechtzeitig eventuelle Belastungen zu erkennen und gegebenenfalls angemessen reagieren zu können.

Im Rahmen des Sondermessprogramms wurden 190 große Wasserversorgungsgebiete (Wasserabgabe mehr als 1000 m³ pro Tag oder mehr als 5000 versorgte Personen pro Tag) sowie 160 kleine Wasserversorgungsgebiete (Wasserabgabe weniger als 1000 m³ pro Tag und

weniger als 5000 versorgte Personen pro Tag) untersucht. Somit konnte insgesamt das Trinkwasser von etwa 73 % der hessischen Bevölkerung geprüft werden.

Frage 7. Falls 6. zutreffend: mit welchem Ergebnis?

Der mit der novellierten Trinkwasserverordnung kommende Grenzwert für PFAS-20 wurde in allen untersuchten Proben deutlich unterschritten. Insgesamt konnten nur bei etwa 6 bis 7 % aller untersuchten hessischen Trinkwässer Einzelsubstanzen überhaupt quantitativ nachgewiesen werden. Für Hessen wird die Einführung der neuen Parameter und Grenzwerte daher als unproblematisch für die Versorgung betrachtet.

Frage 8. Welche Maßnahmen zur Sanierung PFC-kontaminierter Bereiche sieht die Landesregierung für den Bereich des Frankfurter Flughafens und der US-Airbase Erbenheim vor?

Im Zusammenhang mit dem Einsatz von PFAS-haltigen Feuerlöschschäumen auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens wurden seit etwa dem Jahr 2006 Untersuchungen durchgeführt und verschiedene Eintragsstellen für PFAS ermittelt, dokumentiert und teilweise im Boden durch Dekontamination und Versiegelung saniert. Der Schwerpunkt hierfür liegt im Bereich der ehemaligen US-Airbase, sowie von Feuerwachen und Löschübungsplätzen. Das Grundwasser wird durch ein nahezu flächendeckendes Messstellennetz überwacht. Die resultierenden Grundwasserverunreinigungen mit PFAS strömen in nördliche Richtungen ab. Zum einen werden die PFAS-Fahnen im Abstrom der ehemaligen US-Airbase auf dem Fraport-Gelände durch Entnahme und Abreinigung des Grundwassers saniert. Des Weiteren erfolgt eine großräumige Grundwassersanierungsmaßnahme im Frankfurter Stadtwald/Schwanheimer Wald nördlich des Flughafens. Das vom Flughafen Richtung Main abströmende Grundwasser wird hier linienförmig durch eine Brunnengalerie abgepumpt und nach der Reinigung wieder im Abstrom der Sanierungsbrunnen reinfiltiert.

Der PFAS-Schadensfall der Clay-Kaserne in Wiesbaden-Erbenheim ist seit 2012 bekannt. Entdeckt wurde dieser im Rahmen der Deklarationsanalytik für die Entsorgung von Bodenaushub. Seither sind über die gesamte Kaserne verteilt Untersuchungen im Rahmen von Baumaßnahmen durchgeführt worden. Seit dem Jahr 2014 erfolgt ein Grundwassermonitoring über die gesamte Liegenschaft auf die Stoffgruppe der PFAS. Das Messstellennetz wird immer weiter verdichtet. An mehreren Stellen erfolgte bereits eine Sanierung durch Aushub von kontaminiertem Bodenmaterial und Sicherung durch Versiegelung mit Bauwerken, um einen Austrag durch Niederschläge zu unterbinden.

Frage 9. Welche Kosten verursachen die bei 8. erfragten Maßnahmen jeweils voraussichtlich?

Die Fragen 9 und 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die Sanierungskosten der Clay-Kaserne trägt die US-Army. Die Sanierungskosten des Flughafens Frankfurt trägt die Fraport. Die Höhe der finanziellen Aufwendungen der Sanierungen ist nicht bekannt.

Frage 10. Wer trägt die unter 9. genannten Kosten jeweils?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

Wiesbaden, 12. Juni 2023



Priska Hinz
Staatsministerin